

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 24.11.2014

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsfrau Sandra Manß

Ratsfrau Nicole Schulte

Ratsfrau Ramona Ullrich

Ratsherr Jens Voß

Ratsherr Sebastian Wagemeyer

Vertreterin für Ratsherrn

Rolf Breucker

Vertreterin für Ratsherrn

Gordan Dudas MdL

Vertreter für Ratsfrau

Szermerski-Kasperek

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsherr Rüdiger König

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsfrau Ursula Meyer

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

anwesend ab Tagesordnungs-
punkt 3 der öffentlichen Sitzung

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt

Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Thomas Ruschin

Herr Martin Bärwolf

Herr Hermann Scharwächter

Herr Wolfgang Löhn

Herr Sven Haarhaus

Herr Frank Kuschmirtz

bis Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung

Herr Winfried Lütke-Dartmann

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Aggi Thieme

bis Tagesordnungspunkt 4 der öffentlichen Sitzung

Frau Gudrun Abendroth

bis Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung

Herr Peter Dilks

Frau Christina Padovano

bis Tagesordnungspunkt 4 der öffentlichen Sitzung

Frau Christin Spangenberg

bis Tagesordnungspunkt 4 der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Weiterbeschäftigung der Klimaschutzbeauftragten

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bereits in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau- und Verkehr am 05.11.2014 gestellt worden und zur Beratung an den Hauptausschuss verwiesen worden sei. Mittlerweile läge den Fraktionen auch ein Finanzierungsvorschlag der Verwaltung vor, aus dem hervorgehe, dass eine Weiterbeschäftigung der Klimaschutzbeauftragten kostenneutral möglich sei.

Ratsherr Voß berichtet, dass die SPD-Fraktion dem Antrag auf der Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten Finanzierungskonzeptes zustimmen werde. Die Verwaltung habe in ihrem Schreiben darauf hingewiesen, dass im Fall einer Weiterbeschäftigung der Klima-

schutzbeauftragten die Umweltrelevanz der wahrzunehmenden Inhalte deutlicher profiliert werden solle. Hier bäte er um entsprechende Umsetzung.

Ratsherr Weiß teilt hierzu mit, dass, bei entsprechender Beschlussfassung, ein Ausblick der Klimaschutzbeauftragten auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stehen werde.

Ratsherr Adam führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Antrag ebenfalls zustimmen werde.

Auch die Fraktion DIE LINKE. stimmt dem Antrag laut Ratsherrn Thomas-Lienkämper zu.

Anschließend fasst der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid bei einer Stimmenthaltung von Bürgermeister Dzewas folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Stelle der Klimaschutzbeauftragten auch unter den geänderten Förderbedingungen über die bestehende Befristung bis zum 30.06.2015 hinaus erneut befristet fortzuschreiben und bittet die Verwaltung, dies im Haushaltsplan sowie im Stellenplan 2015 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 18 |
| Enthaltungen: | 1 |

3. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: 210/2014

Bürgermeister Dzewas weist auf die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan hin, die allen Ratsmitgliedern am 18.11.2014 zugesandt worden sei.

Ratsherr Voß regt an, die Stellungnahmen des Personalrates zukünftig so rechtzeitig vorzulegen, dass eine Einbeziehung bei den Beratungen während der Klausurtagungen möglich sei. Dies sei leider in den vergangenen Jahren nicht der Fall gewesen.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid bei einer Gegenstimme von Ratsherrn Thomas-Lienkämper folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 19 |
| Nein-Stimmen: | 1 |

4. Haushalt

4.1. Antrag der CDU-Fraktion zum Fahrgastinformationssystem

Ratsfrau Mewes trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Fachbereichleiter Bärwolf liest hierzu auszugsweise aus der Stellungnahme des Fachdienstes Stadtplanung und Verkehr vor. Gestützt auf die positiven Erfahrungen mit den bereits in Betrieb genommenen dynamischen Fahrgastinformationssystemen beabsichtige der Märkische Kreis, an weiteren verkehrsbedeutenden Haltestellen im Kreisgebiet weitere Informationstafeln aufzustellen. Bereits 2011 sei ein entsprechender Kooperationsvertrag zwischen dem Märkischen Kreis, der MVG und der Stadt Lüdenscheid zur Errichtung und zum Betrieb eines dynamischen Fahrgastinformationssystems für die beiden Standorte Sauerfeld und Bahnhof Brügge abgeschlossen worden. Eine vertragliche Verpflichtung zur Umsetzung der derzeit geplanten Standorte Christuskirche, Bräucken, Kluser Platz und eventuell Kulturhaus bestehe nicht. Diese Standorte seien aber bereits seit 2009 Bestandteil der mit der Stadt Lüdenscheid abgestimmten Prioritätenliste. Der kalkulatorische Kostenanteil der Stadt Lüdenscheid betrage ca. 25 % der Gesamtkosten. 75 % übernehme der Märkische Kreis, der wiederum eine 90 prozentige Förderung durch den Zweckverband SPNV Ruhr-Lippe erhalte. Die Kosten seien so kalkuliert, dass bei einem günstigen Ausschreibungsergebnis gegebenenfalls die in der Prioritätenliste vorgesehene Maßnahme am Kulturhaus ebenfalls umgesetzt werden könne. Die MVG erbringe und finanziere die Leistungen Kommunikation, operativer Betrieb der DFI-Anzeiger aus der Leitstelle und Durchführung des Störfallmanagements. Zwischen dem Märkischen Kreis und der MVG würde über die von der MVG zu erbringenden Leistungen ein gesonderter Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die Kommunen seien verantwortlich für die Herstellung der Stromanschlüsse für die DFI-Anzeigen und den Schaltschrank inklusive Tiefbauarbeiten. Die Kosten für die Fundamentierung der DFI-Masten und die Bereitstellung des Schaltschranks würde der Märkische Kreis tragen. Des Weiteren würde der Märkische Kreis die entsprechende Software etc. beschaffen und verpflichte sich für mindestens 10 Jahre die Finanzierung, Instandsetzung und Wartungsarbeiten zu übernehmen. Pro Tag profitieren ca. 3.600 beziehungsweise 5.200 Busfahrgäste bei Umsetzung aller vier Standorte. Mit Ausnahme der Stadt Halver beteiligten sich alle Kommunen im Märkischen Kreis an diesem Projekt. Eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme wäre möglich, aber mit Mehrkosten für die Stadt Lüdenscheid verbunden.

In der anschließenden Aussprache sprechen sich die Fraktionen SPD, Die Linke und die Alternative für Lüdenscheid für die Errichtung des dynamischen Fahrgastinformationssystems aus. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich Ratsherr Appelt ebenfalls dafür aus. Ratsherr Bodenheimer unterstützt für den Antrag der CDU-Fraktion. Ratsherr Holzrichter, FDP-Fraktion, kündigt ebenfalls Zustimmung für den Antrag an.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 8 |
| Nein-Stimmen: | 12 |

4.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Erhöhung der Gewerbesteuer

Ratsherr Thomas-Lienkämper geht auf die wesentlichen Punkte des Antrages der Fraktion DIE LINKE. ein.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Alternative für Lüdenscheid sprechen sich in der anschließenden Aussprache gegen den Antrag aus.

Im Anschluss lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abstimmen.

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 19

4.3. Efeu am Museumsgebäude

Vorlage: 281/2014

Ratsfrau Meyer weist unter anderem darauf hin, dass bei regelmäßiger Pflege und Rückschnitt des Efeus Schäden an dem Gebäude zum Teil vermieden hätten werden können.

Ratsherr Voß stellt den Antrag, den Betrag in Höhe von 80.000 € für die Entfernung des Efeus im Haushalt 2015 eingestellt zu lassen, aber mit einem entsprechenden Sperrvermerk zu versehen. Sollte ein einzuholendes Gutachten belegen, dass eine Grundsanierung der dahinter liegenden Wand erforderlich sei, müsse dass Efeu entfernt werden. Sollte dies nicht der Fall sei, sollte das Efeu erhalten und regelmäßig gepflegt werden.

Ratsherr Bodenheimer teilt mit, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Entfernung des Efeus aussprechen würde. Anstelle der 80.000 € für die Entfernung des Efeus sollten 10.000 € für die erforderlichen Reparaturen und den Rückschnitt in den Haushalt eingestellt werden. Im Übrigen weist er darauf hin, dass die denkmalschutzrechtlichen Auflagen beachtet werden müssten.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler weist darauf hin, dass anstelle der einmaligen Aufwendungen für die Entfernung des Efeus, dann nicht unerhebliche laufende Mittel für die Pflege des Efeus jährlich in den Haushalt einzustellen seien. Auch sei das gesamte Ausmaß der Schäden an dem Gebäude erst nach Entfernung des Efeus erkennbar. Die Fassade sei im Übrigen auch ohne Efeu ansehnlich, wie alte Bilder belegen würden. Abschließend wolle er noch einmal darauf hinweisen, dass die zuständigen Denkmalschutzbehörden die Entfernung des Efeus dringend empfehlen würden.

In einer engagierten ausführlichen Diskussion werden pro und contra der Entfernung des Efeus erörtert.

Bürgermeister Dzewas schlägt vor, wie von der SPD-Fraktion beantragt, den Betrag in Höhe von 80.000 € im Haushalt 2015 mit einem entsprechenden Sperrvermerk eingestellt zu lassen. In der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses würden die Kosten für die Beauftragung eines entsprechenden Gutachtens durch die Verwaltung vorgelegt.

Anschließend stimmt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

Abweichender Beschluss:

Zur Entfernung des Efeubewuches an der Fassade des Museumsgebäudes wird in den Haushalt 2015 ein Betrag von 80.000 € eingestellt. Der Betrag wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

4.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) Vorlage: 264/2014

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen bei einer Gegenstimme von Ratsherrn Thomas-Lienkämper und einer Stimmenthaltung von Ratsherrn Oettinghaus folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 in der für 2015 fortgeschriebenen Fassung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

5. Lizenzen für öffentliche nichtgewerbliche Filmvorführungen in der Stadtbücherei Vorlage: 155/2014

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Lüdenscheid erklärt und begründet ihre Mitgliedschaft im Bundesverband Jugend und Film e.V. Der Mitgliedsbeitrag pro Jahr beträgt 80 Euro und wird bestritten aus dem Produkt 040 040 010.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

6. Erneuerung der Dauerausstellung im Geschichtsmuseum Vorlage: 231/2014

In der Sitzung des Kulturausschusses am 06.11.2014 wurde folgende abweichende Beschlussempfehlung ausgesprochen:

Das Wort „spätestens“ wird in Punkt 2 des Beschlussvorschlages gestrichen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden abweichenden

Beschluss:

1. Für die Dauerausstellung im Geschichtsmuseum wird ein Konzept zur grundlegenden Erneuerung erarbeitet. Das Konzept soll einen didaktischen Leitfaden enthalten, der unter Verwendung multimedialer Komponenten und inszenatorischer Präsentationsmöglichkeiten neue Ergebnisse der Geschichts- und Museumswissenschaft berücksichtigt.
2. Neben dem Konzept (inhaltliche und bauliche Maßnahmen) ist ein Zeit- und Kostenplan zu erstellen. Dieser ist dem Kulturausschuss des Rates in seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien 2015 vorzulegen.
3. An der Konzepterstellung wirkt ein vom Rat legitimiertes Begleitgremium mit, wodurch eine ständige Rückkopplung in dem Prozess sichergestellt wird. Hinsichtlich der Besetzung wird ein überparteilicher Konsens angestrebt und eine wissenschaftliche Beraterlösung favorisiert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**7. Anpassung der Parkgebührenordnung
Vorlage: 259/2014**

**7.1. Anpassung der Parkgebührenordnung / 1. Ergänzung
Vorlage: 259/2014/1**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die ergänzende Regelung zu § 2 Abs. 2 der Parkgebührenordnung wird in Form der als Anlage beigefügten neu gefassten Parkgebührenordnung übernommen. Der von der ursprünglichen Vorlage 259/2014 abweichende Beschluss ist durch die Streichung des bisherigen § 3 (Übergangsbestimmungen, Befristung) berücksichtigt worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**8. Siebte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst (Notarztgebühr)
Vorlage: 230/2014**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Siebte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**9. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Benutzungsgebühren für Obdachlosenunterkünfte
Vorlage: 262/2014**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Benutzungsgebühren für die Obdachlosenunterkünfte wird in der als Anlage beigefügten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**10. Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid für das Jahr 2015
Vorlage: 246/2014**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 4 dieser Beschlussvorlage vorliegende 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2015 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**11. Satzung über die Straßenreinigung und die Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid für das Jahr 2015
Vorlage: 247/2014**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die als Anlage 4 dieser Beschlussvorlage vorliegende 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2015 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

12. Friedhofsgebühren für die Kommunalfriedhöfe in der Stadt Lüdenscheid für das Jahr 2015
Vorlage: 248/2014

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 3 dieser Beschlussvorlage vorliegende Satzung über die Friedhofsgebühren in der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2015 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

13. Änderung der Satzung über die kommunalen Friedhöfe der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 249/2014

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die als Anlage zu dieser Beschlussvorlage vorliegende 4. Satzung zur Änderung der Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Lüdenscheid wird mit Wirkung ab 01.01.2015 erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

14. Wirtschaftsplan 2015 für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid
Vorlage: 250/2014

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Wirtschaftsplan (Erfolgs-, Vermögens- und Investitionsplan, Stellenübersicht, fünfjähriger Erfolgs- und Finanzplan) für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid für das Wirtschaftsjahr 2015 wird bei einem geplanten Jahresüberschuss von rd. 24 T€ und einem Umsatz- und Ertragsvolumen von rd. 28.317 T€ in der vorgelegten Form beschlossen.
2. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsplan 2015 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000 T€ festgesetzt.
3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird für das Wirtschaftsjahr 2015 auf 370 T€ zu Lasten des Wirtschaftsjahres 2016 festgesetzt.
4. Die Ausgaben für die Investitionen nach Anlage 7 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Finanzielle Auswirkungen:

| | | | |
|-----------------------------------|---|-----|-----------|
| Investitionen 2015: | | rd. | 1.165 T€ |
| Investitionen Folgejahre: | | | - |
| Lfd. jährliche Aufwendungen: | | rd. | 28.292 T€ |
| Deckung / Lfd. jährliche Erträge: | Umsatzerlöse Gebührenhaushalte | rd. | 13.690 T€ |
| | Umsatzerlöse aus dem städtischen Haushalt | rd. | 10.338 T€ |
| | Umsatzerlöse von anderen öffentlich-rechtlichen Dritten | rd. | 611 T€ |
| | Umsatzerlöse aus den gewerblichen Betriebsbereichen | rd. | 3.264 T€ |
| | Sonstige betriebliche Erträge und Zinsen des STL | rd. | 414 T€ |
| Überschuss: | nach Steuern | rd. | 24 T€ |

Grundlage der Aufgabe:

In den Bereichen „hoheitliche Abfallentsorgung“ und „hoheitliche Straßenreinigung und Winterdienst“ besteht für die Stadt Lüdenscheid eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung, die per Satzung auf den Betrieb übertragen wurde.

Die übrigen hoheitlichen Aufgaben wie

- Führung des städtischen Baubetriebes,
- Bau, Erneuerung und Unterhaltung von Straßen und Grünflächen,
- Betrieb der Kommunalfriedhöfe,
- sonstige Leistungen für die Stadt und Dritte (Leistungen für andere Gemeinden)

wurden dem Betrieb aufgrund der Entscheidung der Verwaltung und durch Ratsbeschluss übertragen.

Die freiwilligen Aufgaben wie

- Schadstoffsammlung im Auftrag der Abfallentsorgungsgesellschaft des Märkischen Kreises mbH,
- gewerbliche Abfallsammlung,
- Reinigung und Winterdienst für Dritte,
- sonstige Leistungen für Dritte

nimmt der Betrieb aufgrund der Entscheidung der Verwaltung, der Ausschüsse und des Rates wahr.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**15. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Märkischen Kreis zur Übertragung der Aufgaben nach dem Betreuungsbehördengesetz (BtBG)
Vorlage: 238/2014**

Bürgermeister Dzewas trägt folgende Korrektur vor:

In der Beschlussvorlage 238/2014 ist das Wort „Bundesbetreuungsgesetz“ durch das Wort „Betreuungsbehördengesetz“ zu ersetzen.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden korrigierten

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung nach dem Betreuungsbehördengesetz (BtBG) gem. der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Märkischen Kreis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

16. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

16.1. Bekanntgaben

16.1.1. Integriertes Handlungskonzept Altstadt

Fachbereichsleiter Bärwolf gibt bekannt, dass am 12.11.2014 ein Gespräch in Düsseldorf mit Vertretern des Ministeriums und der Bezirksregierung zu dem von der Stadt Lüdenscheid eingereichten Antrag für ein integriertes Handlungskonzept Altstadt stattgefunden habe. Das Ergebnis dieses Gespräches sei im Grundsatz positiv ausgefallen. Im Detail würde hierüber in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 03.12.2014 berichtet.

16.2. Beantwortung von Anfragen

16.2.1. Aggressives Betteln in der Innenstadt

Beigeordneter Ruschin trägt die Beantwortung der Anfrage der Ratsfrau Rogalske in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 05.11.2014 vor. Die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

16.3. Anfragen

16.3.1. Verkehrsregelung Bräuckenstraße

Ratsherr Haase bezieht sich auf den bereits mehrfach in den vergangenen Sitzungen diskutierten Punkt, dass das Linksabbiegen in Höhe der Jet-Tankstelle in der Bräuckenstraße bergaufwärts nicht erlaubt wäre. Er frage an, warum 20 Meter oberhalb der Jet-Tankstelle in Höhe des neu eröffneten Schnellrestaurants das Linksabbiegen erlaubt sei.

Fachbereichsleiter Bärwolf teilt mit, dass die gleiche Frage bereits in der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses gestellt worden sei. Der Punkt würde in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses behandelt.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin